

# MÜNCHNER BÜRGERINITIATIVE FÜR FRIEDEN UND ABRÜSTUNG

www.bifa-muenchen.de

BIFA, Isabellastr. 6, 80798 München, Tel 181239 oder 2715917 (Tel+Fax)



## Rot-Grüner Etikettenschwindel Der stille Angriff auf die Friedensbewegung

Die Ablösung der Kohlregierung war seinerzeit mit vielen Erwartungen verbunden. Allerdings war zu diesem Zeitpunkt bereits die Entscheidung der rot-grünen Koalition zum Krieg gegen das damalige Jugoslawien gefallen.

Parallel dazu entwickelte sich die rot-grüne Wirtschaftspolitik zur nur wenig gebremsten Übernahme der neoliberalen Ideologie. Daß viele ursprüngliche „Hoffnungsträger“ sich derart eindeutig der etablierten Machtpolitik zuwandten, war ein schwerer Schlag für die sozialen Bewegungen, so auch für die Friedensgruppen.

Schröder ist erklärtermaßen stolz darauf, das Tabu der Militäreinsätze überwunden zu haben, und daß dazu nur Rot-Grün so reibungslos in der Lage war.

Klar - damit wollen wir uns nicht abfinden. Gleichzeitig ist es schwer, solche Rückschläge zu bewältigen, immer wieder gibt es die Versuchung, dem eigenen Wunschdenken nachzugeben.

Ein typisches Beispiel ist der *"Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung"* der Bundesregierung und der Umgang damit.

Der Titel weckt Hoffnungen, und schon ist der Text bei einer Veranstaltung der Petra-Kelly-Stiftung (!) mit Friedensgruppen sozusagen als Höhepunkt aufgetaucht:

**" ... Krisenprävention erfordert daher häufig eine enge Zusammenarbeit von zivilen und militärischen Komponenten im Rahmen eines Sicherheitskonzepts, das politische, diplomatische, wirtschaftliche, humanitäre und militärische Mittel einschließt. ... "**

*Im Ergebnis wird unter diesem Titel die alte Militärpolitik legitimiert - zivile Mittel sind so eine willkommene kostengünstige Ergänzung, die im Rahmen der machtpolitischen Ziele flexibel mit der Militärplanung abgestimmt werden können.*

Eine eigene Betrachtung verdient z.B. auch die Heinrich-Böll-Stiftung. Deren Studien haben inzwischen die Funktion, Kriegseinsätze wie gegen Afghanistan systematischer zu legitimieren - man betreibt mit erheblichem Aufwand eine „Weiterentwicklung des Völkerrechts“. Keiner von uns will den Gemetzeln auf den zahlreichen Kriegsschauplätzen dieser Erde untätig zusehen: Aber während man beim einen Konflikt nach Intervention ruft, wird der nächste bereits geschürt - so darf das nicht weitergehen: Die neokolonialen Interessen werden vornehm verschwiegen. Es ist nicht einfach, diese Zusammenhänge systematischer darzustellen, aber es wäre notwendig, wenn Friedensarbeit eine Chance haben soll.

In diesem Zusammenhang lohnt sich der Blick auf Politiker wie der Grünen-MdB Nachtwei. Der obige Regierungstext wird von ihm heftig beworben, auf seiner Webseite und auf Veranstaltung wie die erwähnte

In den letzten Jahren hat die Kritik der verkrusteten Herrschaftsverhältnisse durch die globalisierungskritische Bewegung einen hoffnungsvollen Aufschwung genommen, sichtbar z. B. an der Resonanz der Sozialforen. Wir sehen unsere Rolle als **Friedensinitiative** auch in diesem Rahmen und bereiten uns deshalb auf die Teilnahme am ersten **„Sozialforum in Deutschland“ vom 21. - 24. Juli in Erfurt** vor. Einer unserer Schwerpunkte soll dabei die Untersuchung und Aufklärung darüber sein, wie die Rot-Grüne Koalition ihre Strukturen zur Irreführung und Schwächung der Bewegungen nutzt, und wie wir damit umgehen können. Wir suchen dafür auch überregionale Zusammenarbeit.

bei der Petra-Kelly-Stiftung. Das ist ein Beispiel wie er seit langem die Friedensbewegung auf seine Art „betreut“. Wenn Friedensgruppen - wie z.B. der Arbeitsausschuss Friedensratschlag - Militäreinsätze der Bundesregierung ablehnen, dann sind das für ihn schlicht „Ideologen“. Nachtwei tritt gerne mit friedenspolitischer Öffentlichkeitsarbeit auf (z.B. beim System MEADS und beim Thema Bombodrom) - und doch leistet er unverkennbar seinen Beitrag, die Militäreinsätze der Bundeswehr ebenso wie die laufende EU-Militarisierung in der Öffentlichkeit durchzusetzen!

Entlang dieser Konfliktlinie greift Nachtwei eine Erklärung aus der Friedensbewegung an: Zur damaligen Erweiterung des Bundeswehreininsatzes wurde die Erklärung: **„Nur zivile Kooperation kann in Afghanistan helfen“** veröffentlicht, initiiert vor allem vom „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ und der IPPNW. (Die Auseinandersetzung ist u.a. im Friedensforum 1/2005 in Auszügen wiedergegeben).

Mit diesen Erfahrungen kann man Nachtwei quasi als „Sonderbeauftragten zur Irreführung der Friedensbewegung“ betrachten. Seine Spezialität ist offensichtlich, den Wunsch nach ziviler Konfliktlösung bei vielen und der offensichtlichen Unmöglichkeit, diese kurzfristig zu realisieren, in eine Akzeptanz der Militärpolitik umzulenken. Er ist nicht der einzige Politiker mit dieser Rolle, und die SPD versucht es ähnlich..

Was regelmäßig dabei unter den Tisch fällt, sind die tatsächlichen Interessen, die hinter den Konflikten stehen. Wir kennen die Verteidigungspolitischen Richtlinien, die klar Wirtschaftsinteressen als wesentlichen Faktor für militärische Machtausübung benennen. Wir kennen die Umdefinition des Verteidigungsbegriffs im Grundgesetz, nach dem auf einmal Angriffe im Ausland als Verteidigung verkauft werden sollen („am Hindukusch“, wo denn sonst...).

Lange vor dem Afghanistaneinsatz existierten bei SPD und Grünen die Arbeitspapiere, warum Afghanistan zum deutschen Interessengebiet gehören muß. Inzwischen wird offensiv über Afrika als Einsatzort der Bundeswehr gesprochen. Die humanitären Etiketten sind wohlfeil, wir glauben sie nicht.

Bei all dem nicht zu vergessen - diese Militäreinsätze geschehen weitgehend mit voller Unterstützung von Union und FDP. Diese „faktische große Koalition“ ist wesentlicher Teil des Problems. Die Aufgabenstellung „Eine andere Welt ist möglich“ müssen wir im Wesentlichen außerparlamentarisch verfolgen.

Noch was: Es gibt nach wie vor in beiden Parteien eine Menge Menschen, die der Friedensbewegung ernsthaft zugetan sind - sie leiden wahrscheinlich am meisten unter den geschilderten Problemen. Die sind hier nicht gemeint. Nur - die Entscheidungen der Regierung und die Zustimmung dazu im Bundestag sprechen eine klare Sprache, und darum geht es.

### **Die entscheidende Forderung an die Bundesregierung bleibt: keine Militäreinsätze durchzuführen und die Soldaten der Bundeswehr aus allen ausländischen Einsatzorten zurückzuziehen**

*Ein Konflikt der jüngsten Zeit hat uns besonders auf diese Problematik aufmerksam gemacht: Bei der Friedenskonferenz, die als Gegenveranstaltung zur sog. Sicherheitskonferenz lief, hat die Stadt München seinerzeit in letzter Minute die Raumüberlassung für die Friedenskonferenz gewährt - dies gleichzeitig aber ultimatim - rückwirkend an den ursprünglichen Unterstützern vorbei - von bezeichnenden Änderungen am Aufrufstext und dem Ausschluss einer Gruppe (der „DKP“) aus der Unterstützerliste abhängig gemacht. Die unzureichende Reaktion einiger Friedensgruppen darauf ist Anlaß, sich mehr Gedanken über derartige Abhängigkeiten zu machen.*

Zum Jour-Fix der Bürgerinitiative („BIFA-TREFF“, jeden 1. Mittwoch im Monat) laden wir ein für  
**Mittwoch, 6. April 2005, 19.30 Uhr im Friedensbüro, Isabellastraße 6**  
Informationen/Einladungen: Tel. 089/181239 und via <http://www.bifa-muenchen.de>  
oder E-Mail: [info@bifa-muenchen.de](mailto:info@bifa-muenchen.de)